

Hass im Internet

Viele Stimmen beklagen den Hass, der sich in Kommentaren durchs Internet verbreitet. An dieser Stelle soll die Ansicht vertreten werden, dass das zumeist nicht an der Hassbereitschaft der Menschen liegt und auch nicht an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.(GMF), sondern dass es eine Reaktion auf die Politik der letzten beiden Jahrzehnte ist. Speziell ist gemeint:

1. die Behandlung der Bankenkrise 2007-2009,
2. die Griechenlandrettung 2010-2017,
3. die QE-Maßnahmen der EZB seit 2015,
4. die Handhabung der Asyl-Immigration seit 2015,
5. die Handhabung der Klimakrise aktuell.

Das Geld der deutschen Bevölkerung (im Fall 1.) und der Eurozonen-Allgemeinheit (2. und 3.) wurde dabei Banken und Staaten zugeschanzt, die sich verzockt und überschuldet hatten. Es wurde jeweils ein anderer Dreh dafür verwendet: über direkte Geschenke (1.), über vorgebliche Staats-Rettung (2.), über Geldschwemmen (3.). Bei der Asyl-Immigration (4.) geht das Geld an fremde Menschen aus der halben Welt, beim Klimaschutz (5.) dürfte am Ende die Industrie profitieren.

Immer geht es um hunderte von Milliarden, teils sogar um Billionen. Gemeinsam ist den Aktivitäten, dass die riesigen Beträge von gleich auf sofort locker gemacht werden. Das Geld wird hopplahopp umverteilt, ohne die Bevölkerung zu fragen, obwohl die sich für die beispiellosen Beträge wohl andere Verwendungsmöglichkeiten gewünscht hätte.

Wo die bankrotten Banken profitierten (1. und 2.), floss das Geld schließlich von arm zu reich, und nicht jeder mochte diesen "Sozialismus für Kapitalisten" unterstützen. Wo die überschuldeten Staaten profitierten (2. und 3.) wurden auch mehr Probleme geschaffen als gelöst, denn ohne Restrukturierungsdruck aus dem allfälligen Staatsbankrott bewegt sich in Griechenland und Italien kaum was. Bei der Asyl-Immigration (4.)profitieren wieder die Falschen, nämlich nicht die Ärmsten vor Ort, sondern Privilegierte, welche den (hinterrücks errichteten) Hinderisparcours nach Europa bewältigen. Bei der Klimakrise (5.) scheint bisher nur festzustehen, dass es teuer wird und ideologischen Maßgaben folgt - lauter Punkte, die in der Bevölkerung mehrheitlich keine Freude aufkommen lassen.

Alternativlos

Schließlich werden grundlegendste Prinzipien fast nach Belieben ausgehebelt. Es findet keine Abwägung von Kosten und Nutzen statt. Es gibt keine Diskussion über Gerechtigkeit solcher extremen Maßnahmen. Demokratische Instanzen werden gern ausgehebelt, das Parlament wird umgangen oder über den Tisch gezogen, denn es wird im permanenten Katastrophenmodus gearbeitet. Die Bevölkerung wird auch bei Jahrhundertentscheidungen nicht gefragt. Sie wird mit dummen Sprüchen abgespeist, "alternativlos", "wir schaffen das", oder sie wird mit Gefühlsmassage und Senastionsmache unter Druck gesetzt.

Immer mehr Menschen nehmen das übel. Sie mögen sich nicht bevormunden lassen, und sie haben etwas dagegen, ihre Errungenschaften ungefragt mit Fremden zu teilen.

Sie wollen kein Geld für verkrachte Spekulanten opfern. Sie wollen keine Staaten finanzieren, deren Bevölkerung finanziell bessergestellt ist (man hat ihnen ja sogar versprochen, dass sie es nicht müssten). Sie möchten nicht Bürger zweiter Klasse sein, die der Bürokratie bis ins letzte unterworfen sind, während andere ihren Pass wegwerfen und keine Konsequenzen daraus befürchten müssen. Sie wollen nicht vom Jobcenter in unzumutbare Jobs gedrängt werden, während Asyl-Immigranten ihr Hartz IV repressionsfrei kassieren. Sie sehen nicht ein, dass sie enorme Anforderungen (Finanzen, Sprachkenntnisse) erfüllen müssen, um ausländische Ehepartner und Kinder nach Deutschland zu holen, während Asyl-Immigranten den Familiennachzug gratis kriegen (sogar Abgewiesene). Für viele Einheimische ist es nicht vermittelbar, dass sie hohe Abgabem zahlen, die ihnen die Familiengründung erschweren, während Asyl-Immigranten ohne Arbeit voll alimentiert werden, mit unbegrenztem Kindergeld und entsprechender Familiengröße. Außerdem gibt es genug Leute mit prekären Finanzen, für die jede zusätzliche Belastung zuviel ist, und denen das tägliche Auskommen wichtiger sein muss als das Klima.

Unerträglich

Es geht dabei nicht um eine "Ideologie der Ungleichwertigkeit" oder um "Selbstaufwertung durch Abwertung anderer" (GMF-Definitionen), sondern um zweierlei Maßstäbe, was von vielen als unerträglich empfunden wird.

In die Kategorie unerträglich fällt auch die Tatsache, dass die Kritiker der Hauruck-Politik (1.-5.) verunglimpft werden. Wenn sie die Einhaltung von Versprechen wie "keine Schuldenübernahme" fordern, wird ihnen "Europa-feindlichkeit", "Demokratiefeindlichkeit" oder gleich "Menschenfeindlichkeit" vorgeworfen. Dieser Vorwurf zeigt nochmal zweierlei Maßstäbe. "Europa" ist nämlich die zentralistische EU, die sich die Euro-Großpolitik vorstellt,

und wer lieber sowas wie eine verbesserte EWG möchte, ist demnach europafeindlich. Wer für eine andere EU ist, ist aber nicht europafeindlich. Er ist auch nicht demokratiefeindlich, sondern das sind diejenigen, welche die Meinung ihrer Mitbürger missachten und ihnen daraus einen Vorwurf machen.

Es liest sich wie Hohn, dass der GMF-Jargon es zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit rechnet, wenn die "Demokratie grundsätzlich angezweifelt" wird. Das tun die Bürger doch gar nicht, bzw. sie werden erst durch die scheindemokratischen Verhaltensweisen der Politik dazu gebracht. Wer hier die Demokratie beschädigt, das sind die Politiker mit ihren immer neuen Hauruck- und Willkürliakten.

Nun hilft es nicht mehr, die politische Mitte als rechtsradikal abzuqualifizieren. Der Rechtsextremismus nach GMF-Ideologie ist gar nicht rechts. Er ist ein Phänomen der Mitte, und deshalb kann man auch nicht von extrem reden. Beispiele für Rechtsextremismus laut GMF-Ideologie: "Die schon da sind, sollen Vorrechte gegenüber den Hinzukommenden haben" und "Ausländer sind krimineller".

Das Erstere ist gängige Mehrheitsmeinung; nur extrem Linksgüne wollen die totale Gleichstellung (und auch nur solange es auf Kosten anderer geht). Und dass zweitens die Schwerstkriminalität bei Ausländern vielfach höher ist, geht aus der PKS hervor (bei Mord und Totschlag sind die Zahlen am ehesten zuverlässig, während leichte Delikte oft nicht zuverlässig erfasst werden).

Ideologie

Von Seiten der Radikalen (linksgüne genauso wie echte rechte) wird Hass und Hetze in die Debatte gebracht. Doch andere als minderwertig anzusehen ist immer menschenfeindlich, egal ob Nazis das von Asyl-Immigranten denken oder Linksgüne von konservativen Einheimischen. Was außerdem oft vergessen wird: Es ist auch menschenfeindlich, wenn Frauen unterdrückt werden, wenn sie als Gebärmaschinen missbraucht werden, wenn sie sich verschleiern müssen oder ansonsten als Schlampen beschimpft werden.

Viel vom Unmut der Bevölkerung dürfte daher kommen, dass solche mittelalterlichen Auswüchse in Deutschland toleriert werden, dass Kritik daran tabu ist, während die Kritik an "rechtsradikalen" Anstoßnehmern nicht laut genug sein kann. Das ist wieder zweierlei Maß, ideologiebedingt.

Ideologiebedingt ist auch der Umgang mit der Klimakrise. Wenn das der Vernunft folgen würde, hätte jeder Klimagipfel Forderungen nach Geburtenkontrolle hervorbringen müssen, mit klaren Zielen, wie die Weltbevölkerung schrumpfen soll. Stattdessen herrscht auch da ein Tabu, das zur kritiklosen Hinnahme von unverantwortlicher Vermehrung führt. Wenn die Bevölkerung in Äthiopien, Eritrea oder der Sahelzone sich verfünffacht und die Umwelt entsprechend übernutzt und so ihre eigenen Lebensgrundlagen ruiniert, wird das stillschweigend hingenommen. Wer von dort vor der eigenen Übervölkerung flieht, wird lieber als "Klimaflüchtling" präsentiert. Und wenn er mit der unverantwortlichen Vermehrung im Zielgebiet weitermacht, dann ist das eben auch hinzunehmen.

Viele Einheimische wollen das aber nicht hinnehmen. Sie vertrauen nicht auf das Dogma von der Integration, gemäß dessen sich alles von alleine anpasst. Angesichts von Meldungen über Clans und Parallelgesellschaften ist die Skepsis groß, zumal es keine Untersuchungen gibt, die belastbare Zahlen liefern. Dafür hat die Politik als begleitende Maßnahme gesorgt: Keine realistischen Zahlen, man weiß praktisch nie, was es wirklich kostet, man weiß nie genau, wieviele es sind (mit Familiennachzug und Resettlement und Relocation und Illegalen), man weiß nicht, wie stark sie sich vermehren. Die staatlichen Zahlenlieferandos teilen alles in viele Einzelposten mit trickreichen Definitionen auf, aus denen sie geschönte Meldungen fabrizieren können. Die maßgeblichen Summen werden nicht ermittelt oder in einem Zahlenkonvolut versteckt. Daraus resultiert ein ständiger Disput, wie die Zahlen nun wirklich sind - noch ein Ärgernis für den mündigen Bürger.

Fazit

Die Menschen sind es satt, verarscht zu werden. Am schlimmsten ist die Perspektive, dass die Verarsche immer weiter geht, dass die Politik immer so weiter macht, und dass sich nichts Entscheidendes ändert. Das ist es, was viel Hass aufkommen ließ. Abgezockt, verdummt und verunglimpft zu werden, gefällt nun mal nicht jedem. Vielleicht schlägt sich das auch in Deutschland mal in den Wahlergebnissen nieder.

Wilfried Müller 15.1.2020